



Busse



Mercker



Kunze

Bonner Abhör-Kontrolleure

„Es muß schon ...“

**ABHÖRGESETZ**

**Stange im Nebel**

FDP-Innenminister Hans-Dietrich Genscher muß mit einem Gesetz arbeiten, das sein Parteichef Walter Scheel vor anderthalb Jahren im Parlament als „ersten Schritt zur Beseitigung eines der überragenden Verfassungsgrundsätze“ bekämpft hatte: das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses.

Die anrühliche Abhörlizenz, die Westdeutschlands Nachrichtendienst „zur Abwehr von drohenden Gefahren“ für die Bundesrepublik das Anzapfen von Telefonleitungen und das Öffnen von Briefen erlaubt, wird jeweils vom Innenminister erteilt. Genscher („Ich bin für größtmöglichen Rechtsschutz der Bürger“) nutzte seine Chance, das Schnüffeln wenigstens zu erschweren und Mißbrauch vorzubeugen.

Der liberale Minister verstärkte die Befugnisse der drei vom Parlament bestellten Abhör-Kontrolleure, die laut Gesetz „von Amts wegen oder auf Grund von Beschwerden über die Zulässigkeit und Notwendigkeit“ der Telefon- und Postkontrollen entscheiden.

Nachdem die Notstandsgesetze vom Frühsommer 1968 die bis dahin den

Alliierten vorbehaltene Horch-Konzession auf Deutsche übertragen hatten, wurde die Dreier-Gruppe einmal im Monat vom Innenminister über die bereits laufenden Abhörfälle informiert. Sie durfte mithin Überwachungen, die sie für unzulässig oder unnötig hielt, erst nachträglich stoppen.

So konnte es geschehen, daß ein verdächtiger Bundesbürger zunächst wochenlang belauscht wurde und die Dreier-Kommission erst dann feststellte, die vom Gesetz geforderten „tatsächlichen Anhaltspunkte“ für den Verdacht lägen nicht vor.

Amtschef und FDP-Vize Genscher kehrte deshalb die Prozedur um. Er übernahm das bereits in Hessen praktizierte Verfahren, wonach die Kontrolleure jeweils die Anordnung des Innenministers prüfen, bevor die Überwachung beginnt. Nur wenn ein Nachrichtendienst „Gefahr im Verzuge“ geltend macht, soll weiter nach der alten Regelung abgezapft werden.

Noch lieber hätte Genscher das Hamburger Modell eingeführt; dort entscheidet die Kommission sogar noch vor dem Innensenator über die Zulässigkeit von Abhör-Anträgen. Genscher bedauert: „So weit wie die Hamburger können wir leider nicht gehen, weil es das Bundesgesetz nicht zuläßt.“

Die drei Bonner Wächter — der frühere DGB-Justitiar Professor Dr. Otto Kunze für die SPD, der ehemalige Staatssekretär Dr. Reinhold Mercker für die CDU und der langjährige FDP-Bundestagsabgeordnete Hermann Busse — werden durch das neue Reglement mehr Arbeit bekommen: Statt nur einmal im Monat versammeln sie sich jetzt alle zwei Wochen zur Prüfung der neuesten Abhör-Wünsche.

Kontrolleur Busse war in der Bundestagsdebatte über das Gesetz einer der schärfsten Kritiker. Der FDP-Anwalt hält vor allem jenen Mangel für „gefährlich“, den auch Genschers Neuerung nicht beseitigt: daß den Bürgern in dem Gesetz ausdrücklich

jede Möglichkeit verwehrt wird, auf dem Rechtsweg gegen eine Überwachung vorzugehen. Damit ist die Garantie des Grundgesetz-Artikels 19 Absatz 4 („Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen“) durchbrochen. Die hessische Landesregierung hat dagegen im letzten Herbst Verfassungsklage in Karlsruhe erhoben.

Genscher glaubt, mit seinem neuen Verfahren künftig wenigstens Fehlentscheidungen vermeiden zu können. Denn bislang, so ein Berater des Innenministers, „war die Gefahr groß, daß nicht allein aus sachlichen, sondern auch aus politischen Motiven Dinge passierten, die nicht passieren dürften“.

Unter CDU-Innenminister Ernst Benda betrug die Zahl der genehmigten Abhör-Aktionen etwas weniger als hundert im Jahr. Genscher hofft, sie weiter senken zu können. Nur noch bei einem sehr handfesten Verdacht soll der Draht zur Überwachung freigegeben werden.

Der Minister-Berater: „Es muß schon schön dick liegen. Wir können uns nicht erlauben, mit der Stange im Nebel herumzustoßen.“

**BUNDESBANK-PRÄSIDENT**

**Freund Karl**

Hier“, so bekennt der Bankier Dr. jur. Karl Klase, 60, „muß ich noch viel lernen.“

Seit Montag vergangener Woche verwaltet der ehemalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank den höchstbezahlten und einen der schwierigsten Staatsposten, den die Bundesrepublik derzeit zu vergeben hat: das Amt des Bundesbank-Präsidenten und obersten Währungshüters.

Der SPD-Genosse und Schiller-Duzfreund war schon im Herbst 1968, als Bundesbank-Chef Karl Blessing ein Jahr vor Ablauf seines Vertrages in den Ruhestand gehen wollte, der Kandidat des Wirtschaftsministers für das Spitzenamt in der Frankfurter Taunusanlage. Die damalige Große Koalition konnte freilich die Bedingung des Deutsch-Bankiers, alle Parteien des Bundestages müßten seiner Wahl zustimmen, nicht garantieren.

„Kiesinger war dafür“, so Klase heute, „aber er konnte die Mehrheit der CDU nicht hinter sich bringen.“ Denn die Christdemokraten argwöhnten, Klase werde als Zentralbankier ein allzu willfähriger Bundesgenosse seines Freundes Schiller sein. Gekränkt, weil als Parteimann gekennzeichnet, schlug er die Offerte aus.

Ende vergangenen Jahres jedoch nahm Blessing seinen Abschied, und der Chefposten in der unabhängigsten Notenbank der Welt mußte endgültig neu besetzt werden. Bei einer Flasche Champagner in Düsseldorf's Breidenbacher Hof trug Schiller dem Bankier das Amt zum zweitenmal an, und jetzt mochte sich Klase nicht mehr ver-



Abhör-Reformer Genscher  
... schön dick liegen“

weigern. Denn auch der Förderer seiner Karriere in der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, hatte dem „leidenschaftlichen und ewigen Hamburger“ (Klasen), der 1935 als Syndikus in das Institut eintrat, zur Annahme des Notenbank-Jobs geraten.

Der konservative, 1,90 Meter große Banker, neben dem Karl Schiller wie ein Knabe wirkt, wird sein Haus an der Hamburger Brabandstraße behalten und in „Rhein-Main-Chicago“ („Frankfurter Neue Presse“) nur einen Zweitwohnsitz nehmen. Um dem Präsidenten, der zunächst im Kronberger Schloßhotel, dem ehemaligen Witwensitz der Kaiserin Viktoria, Quartier gemacht hat, die Kosten der doppelten Haushaltsführung zu erleichtern, wird die Bundesbank eigens eine Dienstwohnung an ihr neues Gebäude im „Diebsgrund“ anbauen. Nach spätestens acht Jahren will Klasen ohnehin



Neuer Bundesbank-Präsident Klasen  
„Resignieren werde ich nie“

ganz nach Hamburg in den Ruhestand gehen.

Während seiner Amtszeit — zunächst bis 1977 — will der Zentralbankchef jetzt „wie meine Vorgänger vor allem die Autonomie dieses Instituts verteidigen“. Anders als Karl Blessing, der kurz vor seinem Ausscheiden noch vor der inflationären Entwicklung in Westdeutschland warnte, beurteilt Klasen die künftigen Chancen für eine stabile deutsche Mark optimistisch: „Ich möchte prophezeien, daß es auch in den nächsten zehn Jahren keine wirkliche Inflation geben wird.“

Finanzministers Möllers bescheidenen Sparplan, die Bundesausgaben vorerst um 2,6 Milliarden Mark zu kürzen (Klasen-Vorgänger Blessing: „Ich bin nicht überzeugt, daß die antizyklische Politik scharf genug ist“), hält der neue Zentralbank-Chef schon für „fast ausreichend“. Allerdings, so räumt er ein, „man müßte die Länder und Gemeinden noch an die Kandare kriegen“.

Über den Verdacht, er könne als ehemaliger Inhaber von rund zwei

Während in einem ...werden gleichzeitig in einer Schlachthof mit Kohlensäure Gießerei mit Schweine Kohlensäure betäubt werden... Gußkerne ausgehärtet.



# Und welches Problem dürfen wir für Sie mit Kohlensäure lösen?

Agefko liefert Kohlensäure. Agefko denkt in Kohlensäure. Agefko löst Probleme mit Kohlensäure. In der Eisen- und Stahlindustrie, in der Schweißtechnik, im Bereich der Chemie und Verfahrenstechnik, in der Getränkeindustrie, in der Nahrungsmittel-Industrie, bei der Wasseraufbereitung, im Verpackungswesen, im Bereich des Verkehrs- und Sicherheitswesens und auf den Gebieten der Forschung, Entwicklung und Medizin.

Und Agefko weiß wie.

Immer neue Anwendungsgebiete kommen dazu. Agefko's Anwendungs-Techniker gehen jeder Anfrage aus dem Markt nach und prüfen für Sie, ob Kohlensäure auf Ihrem Gebiet wirtschaftlich einsetzbar ist. Zum Kühlen oder Carbonisieren, als Druckmittel oder zum Aushärten von Gußkernen, zum Schutzgasschweißen, als Hilfsstoff für chemische Reaktionen, als Schutzgas mit bakterizider und bakteriostatischer Wirkung oder zum Heilen von Krankheiten.

Kommen Sie mit Ihren Problemen zu uns. Agefko hat Erfahrungen mit Kohlensäure seit über 85 Jahren. Für Ihre anwendungstechnischen Probleme steht ein Stab erfahrener Fachleute zu Ihrer Beratung zur Verfügung.

## Agefko macht Kohlensäure nutzbar



Agefko Kohlensäure-Werke GmbH  
4 Düsseldorf, Postfach 1240  
mit Zweigniederlassungen in allen  
Teilen der BRD und West-Berlin

1/1-70 SP  
†

Dutzend Aufsichtsratsmandaten die Konjunktur auf Kosten der Arbeitnehmer zu stark abbremsen — wie es sein Vorgänger Blessing im Herbst 1966 getan hatte —, fühlt sich Klasen ohnehin erhaben. „Ich bin“, behauptet der Bankier, der in seiner Freizeit Orchideen züchtet, „von Herkunft sehr gewerkschaftsfreundlich.“

Sein Vater, Angestellter bei der Hamburger Ewerführerei Lütgens & Reimers, hätte allein der Aktivität der Gewerkschaften die Arbeitszeit-Verkürzung zugeschrieben. Klasen: „Das hat mir meine Mutter immer wieder eingebleut.“

Wie die Wirtschaft ohne Stagnation und Arbeitslosigkeit stabilisiert werden kann, dafür weiß Zentralbankier Karl Klasen freilich derzeit ebenso wenig Rezepte wie sein Freund im Bonner Wirtschaftsministerium. „Resignieren allerdings“, das weiß er, „werde ich nie.“

## AFFÄREN

**ERHARD**

### Die Entlassung

Zum Jahresende 1969 wurde Bundeskanzler außer Diensten Ludwig Erhard, 72, entlassen. Drei junge Geschäftsfreunde aus dem Investmentpapier-Handel teilten dem greisen Staatsmann zum Weihnachtsfest durch einen eingeschriebenen Brief mit, er sei ihnen kein weiteres Salär wert.

Erst im Mai letzten Jahres hatte die Argenta Internationale Anlagegesellschaft mbH den Honorarprofessor für monatlich 12 000 Mark als Aufsichtsratsvorsitzenden und Berater gewonnen. Die Entlassung kostet Erhard 624 000 Mark. So viel Geld hätte er noch aus seinem laufenden Fünfjahresvertrag zu erwarten gehabt. Der Wohlstand-für-alle-Kanzler ist damit bei der Mehrung seines eigenen Wohlstandes abermals gescheitert.

Seit seinem Kanzlersturz im Dezember 1966 hatte Erhard sich stets nach



Entlassener Argenta-Berater Erhard  
„Davon verstehe ich nichts“

lukrativen Nebenerwerbs-Stellungen umgetan. Zuerst half ihm die Freundschaft mit einer aus seiner Heimatstadt emigrierten und in Amerika ansässig gewordenen Kaufmannsfamilie. Ludwig Erhard verdingte sich als Lobbyist für Geflügel und Fette bei der Bauer International Corporation, New York. Seine jährlichen Bezüge aus der Staatskasse (über 100 000 Mark Kanzlerpension und Abgeordneten-Diäten) besserte er damals um 16 000 Dollar und reichlich bemessene Spesen auf.

Die Partnerschaft zwischen „meinem guten Freund“ John P. Bauer, 43, und dem Altkanzler ging im Frühjahr mit einer Kriminalgroteske zu Ende. Auf der Suche nach neuen Arbeitgebern verhandelte Erhard damals mit diversen ausländischen Investmentfonds.

Das höchste Gebot kam aus Genf: Bernie Cornfelds Investors Overseas Services (IOS), die schon den ehemaligen Erhard-Vize Erich Mende unter Vertrag hatte, wollte für dessen Ex-Chef nicht weniger als 600 000 Mark im Jahr anlegen.

Als seine Auslandskontakte ruchbar wurden, stritt Erhard die Gespräche mit Cornfeld rundweg ab. Parteifreunde hatten den Ehrenvorsitzenden der CDU ans nationale Portepée gefaßt.

Ein Brief aus Köln machte dem Altkanzler den Verzicht auf die IOS-Pfründe leichter. Darin bot ihm der Direktor des Kölner Bankhauses Iwan D. Herstatt, Robert Fischer, ein honorarisches Amt in einer „rein deutschen Gesellschaft“ an, hinter der neben Herstatt noch vier weitere renommierte deutsche Privatbanken standen.

Anfang Mai letzten Jahres glückte die Stellenvermittlung: Erhard wurde Teilhaber, Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der Argenta in München.

Zu seinen neuen Partnern zählten auch drei Jungverkäufer, die ihr Investment-Gewerbe bei Cornfelds IOS gelernt hatten und bei Argenta zu Geschäftsführern aufstiegen: der Schwei-

zer Urs Zondler, 30, sowie seine beiden deutschen Studienfreunde Hubertus Graf Dönhoff, 27, und Dr. Helmut Röschinger, 26.

Damals freute sich Zondler: „Erhard ist eine gute Idee, unsere Gesellschaft bekannt zu machen.“

Die Argenta-Erwerbung rentierte sich in der Tat. Im Jahr vor Erhards Engagement setzte die Gesellschaft für 81 Millionen Mark Papiere ab, im Geschäftsjahr 1969 stieg der Verkauf auf 159 Millionen Mark.

Gleichwohl räsoniert der Jungschweizer heute, daß Erhards Verpflichtung ein Fehler gewesen sei: „Wir haben alle anderen Mitarbeiter prozentual am Erfolg interessiert und einzig dem Bundeskanzler a. D. vorzeitig ein Fixum gegeben.“

Vergebens erinnerten Zondler und seine beiden Freunde den Altkanzler in den letzten Monaten an seine vertragliche Pflicht, für Argenta ab und zu öffentlich aufzutreten. Erhard ließ sich stets mit der Begründung entschuldigen, er sei im Bundestag unabkömmlich. Dem SPIEGEL bekannte er: „Ich habe nie daran gedacht, für die als Reklamefigur tätig zu werden.“

Bald fand Erhard, der sich noch im vergangenen Sommer zu Nachhilfestunden im Wertpapierhandel („davon verstehe ich nichts“) bereit erklärt hatte, ein weiteres Alibi für seine Arbeitsunlust. Mittlerweile waren nämlich die Argenta-Gesellschafter untereinander in Streit geraten. Das Münchner Management warf den fünf Banken vor, sie wickelten Käufe und Verkäufe der Kundschaft zu langsam ab. Die Banken wiederum genierten sich der hemdsärmeligen Vertriebsmethoden der 650 Argenta-Vertreter.

Die Querelen nahmen zu, als die Vertriebsgesellschaft den Banken Angestellte abzuwerben begann, als Zondler auf eigene Rechnung ein neues Anlage-Programm anbieten wollte, insgeheim Kontakte zur Dresdner Bank aufnahm und schließlich Erhard kündigte.

Am letzten Mittwoch trafen sich die zerstrittenen Partner in Stuttgart zum letztenmal. Nach 21 Verhandlungsstunden waren am Donnerstagmorgen die Scheidungsurkunden notariell ausgefertigt.

Die Vertriebsgesellschaft gehört nun allein Zondler und seinen Freunden. Nachdem sie Erhard entlassen und sich von den deutschen Partnerbanken getrennt haben, müssen Zondler und seine Freunde künftig auch auf ihr bestes Handels-Objekt verzichten: Anteile des Herstatt-eigenen Argenta-Fonds dürfen sie nur noch bis zum 31. Januar verkaufen.

Den Auszug der Banken aus der Argenta Vertriebsgesellschaft nutzte auch Ludwig Erhard zu einem honetten Abgang. Er wird die gegen ihn ausgesprochene Kündigung nicht anfechten, obwohl sein Vertrag bis April 1974 befristet war. Am Donnerstag letzter Woche gab er auch seinen Gesellschaftsanteil von 7500 Mark zurück.

Noch am selben Tage freilich versicherten die fünf Banken und der



Argenta-Geschäftsführer Zondler  
„Voreilig ein Fixum gegeben“